

Antwort auf die Wahlprüfsteine der BISS von Christoph Bratmann, SPD- Landtagskandidat im Wahlkreis Braunschweig-West

Sehr geehrte Damen und Herren,

1. Im Rat der Stadt Braunschweig haben wir als SPD-Fraktion gemeinsam mit anderen Fraktionen eine Veränderungssperre hinsichtlich der Erweiterung von Eckert & Ziegler beantragt, welcher mehrheitlich zugestimmt wurde. Der Verarbeitung schwach radioaktiver Materialien aus dem Bereich der Medizintechnik unter hohen Sicherheitsbestimmungen ist nichts entgegenzusetzen, wenn eine Firma verantwortungsvoll handelt und die Ängste der Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt. Die Informationspolitik der Firma Eckert & Ziegler hat sich allerdings in der Vergangenheit häufig als problematisch erwiesen und für Verunsicherung gesorgt.

Einer Erweiterung des Geschäftsfeldes der Verarbeitung bzw. Konditionierung von Atommüll aus Atomkraftwerken kann an diesem Standort nicht zugestimmt werden. Betriebswirtschaftlich sind die Planungen der Firma nachvollziehbar, da sich im Zuge der Energiewende und der damit verbundenen Stilllegung von Atomkraftwerken neue Bedarfe ergeben. Der Standort Wenden-Thune ist aufgrund der Nähe zum Wohngebiet aus meiner Sicht hierfür aber ungeeignet. Zunächst gilt es die Veränderungssperre aufrecht zu erhalten, bevor eine Lösung im Sinne einer Neuplanung gefunden wird. Hierzu muss natürlich auch immer wieder der Dialog mit dem Unternehmen Eckert & Ziegler gesucht werden.

2. Solche Genehmigungen werden von Aufsichtsbehörden bzw. den dort arbeitenden unabhängigen Fachleuten erteilt und können nicht von Politikern nach Belieben zurückgenommen werden. Da diese Genehmigungen teilweise aber schon recht alt sind und sich die Einstellungen und Erkenntnisse zu den Gefahren radioaktiver Strahlung im Lauf der Jahre immer wieder verändert haben, sollten diese Genehmigungen neu überprüft werden. Deshalb werde ich dafür eintreten, dass ein neues Genehmigungsverfahren seitens der Landespolitik initiiert wird.

Freundliche Grüße,

Christoph Bratmann